Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/129
11.01.2013

Ausschuss für Europa und Eine Welt

5. Sitzung (öffentlich)

11. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Nicolaus Kern (PIRATEN)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 „Europa erleben“- **6**

Arbeitsschwerpunkte der Irischen EU-Ratspräsidentschaft

Seine Exzellenz Daniel Mulhall, Botschafter der Republik Irland, trägt einen Bericht vor. Es schließt sich eine Aussprache an.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)** **24**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) führt in den Haushalt ein. Eine Aussprache erfolgt noch nicht.

3 Die „Eine-Welt-Strategie“ der Landesregierung NRW 31

– Bericht der Landesregierung

Der **Ausschuss beschließt** einvernehmlich, **Tagesordnungspunkt 3 auf den Sitzungstermin am 8. März zu vertagen**.

4 Einrichtung eines Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EU-KOM [2012] 617 end., BR-Drucksache 624/12) 33

Vorlage 16/436
Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1597

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/1597** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP **ab**.

5 EU-Datenschutzreform: Hohe Datenschutzstandards sicherstellen! 34

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1626

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1674

Matthi Bolte (GRÜNE) beantragt die Durchführung eines Sachverständigengesprächs.

6 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen **35**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1276

Der **Ausschuss für Europa und Eine Welt gibt** zu dem Antrag **Drucksache 16/1276 kein Votum ab**.

* * *

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Einzelplan 02 (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Einführungsbericht der Landesregierung

Vorsitzender Nicolaus Kern legt dar, das Haushaltsgesetz 2013 sei durch das Plenum am 12. Dezember 2012 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an die übrigen Fachausschüsse überwiesen worden. Er gehe bei diesen Haushaltsberatungen davon aus, dass der Ausschuss für Europa und Eine Welt zu der ebenfalls vom Plenum mitüberwiesenen Mittelfristigen Finanzplanung Drucksache 16/1401 keine Beratung vornehme. Da er keinen Widerspruch vernehme, gehe er davon aus, dass darüber Einvernehmen bestehe.

Der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Eine Welt erstrecke sich auf die Kapitel des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin:

Kapitel 02 030 – Europa

Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt

Kapitel 02 110 – Vertretung des Landes bei der Europäischen Union.

Der Erläuterungsband liege als Vorlage 16/456 vor. Im Hinblick auf den ehrgeizigen Beratungsfahrplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses – Vorlage 16/453 –, der als Abgabefrist für die Mitteilung von Beratungsergebnissen der Fachausschüsse bereits den 15. Februar 2013 vorgegeben habe, sei heute die Einbringung durch Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren vorgesehen. Die abschließende Beratung und Abstimmung müsse bereits in der nächsten Sitzung am 25. Januar 2013 erfolgen.

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (StK) trägt vor:

> Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht einmal 4 Monate her, dass wir uns hier im Ausschuss mit den finanziellen Vorgaben für die Themen Europa, Internationales, Eine Welt und der Landesvertretung Brüssel befasst haben. Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen nicht revolutionär verändert. Ja, meine Damen und Herren, wir müssen sparen. Wir wollen aber zugleich, und das ist unsere zentrale Aufgabe, das bürgerschaftliche Engagement für die internationalen Themen aktivieren, unterstützen und pflegen. Wir wollen, dass die Arbeit der vielen freiwilligen und freien Organisationen und Initiativen auch weiterhin honoriert wird.
>
> Wir wissen auch: Das können wir nicht alleine leisten. Nein, mehr denn je benötigen wir Partnerschaften, verlässliche und langfristige Partnerschaften, mit denen

wir eine stabile Finanzierungsarchitektur errichten. Nur in Partnerschaften können wir das haushaltspolitische Riff umsegeln, ohne dass die vielen europa- und entwicklungspolitischen Aktivitäten in und aus Nordrhein-Westfalen Schiffbruch erleiden.

Für das Haushaltsjahr 2013 veranschlagen wir in den Kapiteln Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie bei der Landesvertretung in Brüssel Ausgaben in Höhe von etwa 12,8 Millionen € (Vorjahr 13,7 Millionen €). Ich wiederhole gerne, was ich bereits im September gesagt habe. Wir sprechen heute von einem Anteil am Gesamthaushalt, der etwas mehr als 0,2 Prozent des Gesamthaushalts ausmacht. Wenn wir unsere Arbeit einstellten, hätte dies keine spürbaren Auswirkungen auf den Haushalt. Der Schaden, den ein Verzicht auslösen würde, wäre hingegen immens. Ich weiß Sie, meine Damen und Herren, in dieser Einschätzung alle an meiner Seite. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und einige Partnerschaften vorstellen. Sie sind nicht ganz neu und schon gar nicht vollständig. Die Zusammenstellung verdeutlicht aber ganz anschaulich, wie wir arbeiten – mit wenigen Mitteln, viel Energie und großem Hebel.

Partner Nummer 1 sind die Kommunen.

Ich beginne mit Europa. Hier sind die Kommunen unsere wichtigsten Partner. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Kommunen darin zu unterstützen, ihre europapolitischen Möglichkeiten zum Nutzen ihrer Bürgerinnen und Bürger aktiv wahrzunehmen. Die Vorteile, die eine aktive Behandlung des Themas Europa den Kommunen bietet, konnte ich ihnen bereits vor einigen Monaten im Zusammenhang mit meinem Bericht über die Ergebnisse der Umfrage „EU-Aktivitäten von Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen“ darlegen. Es sind dies vor allem:

die Möglichkeit der finanziellen Entlastung durch die Nutzung von Förderprogrammen,

die Möglichkeit der qualifizierten Einbringung kommunaler Interessen in europäische Entscheidungs- und Rechtsetzungsprozesse,

im Sinne des Prinzips „Lebenslanges Lernen“ der Erwerb neuer Sprach- und Fachkompetenzen für Beschäftigte ebenso wie Bürgerinnen und Bürger sowie nicht zuletzt

die positiven Wirkungen von Interkulturalität im Leben der Kommune ebenso wie im Standortwettbewerb.

Unsere Aktivitäten werden in dem Leitprogramm zur Förderung der Europaaktivität der Kommunen gebündelt. Geradezu geadelt, so finde ich, wird die Gesamtkonzeption durch die Auszeichnung „Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen“, mit der wir das besondere Engagement einzelner Kommunen auch sichtbar machen. Ich bin sehr froh, dass unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Auszeichnung im April verleihen wird. Die Auszeichnung soll von nun an jährlich verliehen werden.

Partner Nummer 2: die Wissenschaft

Die langjährige Zusammenarbeit mit der Forschungsinitiative NRW in Europa, der Heinrich-Heine-Universität, soll fortgesetzt werden. Im August vergangenen Jahres haben wir ein Symposium zum Sozialen Europa unter den Bedingungen der Krise durchgeführt. Den Tagungsbericht haben Sie erhalten. Es ist mit rund 160 Teilnehmern auf eine rege Nachfrage gestoßen. In diesem Jahr planen wir wieder ein Symposium zum Sozialen Europa im weiteren Sinne. Es soll um die Konkretisierung des Themas gehen, die noch aussteht. Es wird voraussichtlich im September in unserer Brüsseler Landesvertretung stattfinden. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie zahlreich begrüßen dürfte.

Ein anderes Beispiel: Professor Welfens von der Bergischen Universität Wuppertal arbeitet in unserem Auftrag an einem Gutachten zur „Überwindung der Euro-Krise und Stabilisierungsoptionen der Wirtschaftspolitik: Perspektiven für Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa“. Ein erster Entwurf liegt vor. Das Gutachten möchten wir in zwei Veranstaltungen in Berlin und Düsseldorf vorstellen und diskutieren. Die erste Veranstaltung wird am 19. Februar in der Staatskanzlei stattfinden. Die Einladung geht Ihnen in Kürze zu.

Meine Damen und Herren, diese Veranstaltungen sind wichtig, denn sie geben uns eine Einschätzung zu den wirtschaftlichen und sozialen Implikationen der Krise. Für das Gelingen der europäischen Integration ist die soziale Dimension Europas von besonderer Bedeutung – auch und gerade angesichts der gravierenden Verschuldungsprobleme, denen sich viele Euro-Staaten derzeit stellen müssen. Die soziale Komponente gerät jedoch durch die Gipfelhektik zur Krisenbewältigung aus dem Blick.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nur überwunden werden kann, wenn die Menschen in Europa erkennen, dass es sozial gerecht zugeht. Eine starke soziale Dimension in Europa zu schaffen, ist für das Gelingen der europäischen Integration von entscheidender Bedeutung. Die Stärkung der sozialen Dimension ist daher auch im Jahr 2013 eine der europapolitischen Prioritäten der Landesregierung. Der am Dienstag von der Europäischen Kommission veröffentlichte Sozialbericht bestärkt uns darin noch einmal in besonderem Maße. Ich hoffe sehr, dass Sie uns bei dieser Zielsetzung begleiten und unterstützen werden.

Partner Nummer 3: die Europaschulen

In NRW gibt es inzwischen 172 Europaschulen. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an den Landtag, der es auch im Jahr 2012 wieder ermöglichte, die mittlerweile schon zur Tradition gewordene jährliche Netzwerkveranstaltung in diesen Räumlichkeiten stattfinden zu lassen. Die Unterstützung für das Konzept „Europaschule“, die daraus deutlich wird, wird von den teilnehmenden Lehrern und Schülern stark wahrgenommen und dient ihnen immer wieder als Ansporn.

Die Landesregierung sieht ihre Aufgabe darin, den Aktiven Hinweise zu geben, wie Europaarbeit an den Schulen stattfinden kann. Wir wollen, dass sich die Schulen besser miteinander vernetzen, um voneinander zu lernen. Ich bin überrascht,

wie gut es den Schulen gelingt, auf unterschiedliche Weise zu zeigen, dass Europa kein sperriges Thema sein muss, das sich einzig und allein im Politikunterricht abspielt. Europa kann auch Spaß machen!

Zum Beispiel, wenn man – wie ein Dutzend Schulen aus dem ganzen Land – ein unter Mithilfe der Schüler geschriebenes Theaterstück „Voll auf der Kippe – ein Tag in der Klasse Europa“ aufführt. Das Stück werden die Schulen in der Europawoche aufführen. Wenn Sie die Gelegenheit zu einem Besuch haben: Nutzen Sie sie!

Ein weiteres Beispiel: die Teilnahme an dem Planspiel „Europäisches Parlament“ – das haben wir letztes Jahr als Auftaktveranstaltung der Europawoche mit 100 Schülerzeitungsredakteuren aus über 50 Schulen aus dem ganzen Land veranstaltet – nicht nur an Europaschulen.

Oder die Beteiligung – wie im letzten Jahr Schülerinnen und Schüler aus 80 Schulen landesweit – an unserem Foto- und Filmwettbewerb „Eurovisions“. Sie sehen an diesen Beispielen, dass wir mit geringen Mitteln viel bewegen können.

Partner Nummer 4: Zivilgesellschaft

In wenigen Tagen, am 22. Januar, jährt sich die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags zum fünfzigsten Mal. Dieser Vertrag hat die Grundlage der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland und damit für einen dauerhaften Frieden in Europa und die politische Integration in Europa gelegt. Das werden wir auch hier im Landtag würdigen. Am 17. Januar eröffnen wir hier gemeinsam die Ausstellung „Adenauer – de Gaulle. Wegbereiter deutsch-französischer Freundschaft“. Auch hierzu lade ich Sie herzlich ein.

Zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements habe ich einen Projektaufruf gestartet, durch den ausgesuchte Projekte finanziell unterstützt werden können. Unter dem Motto „Frankreich und Nordrhein-Westfalen im Dialog“ habe ich Vereine, Kommunen, Europaschulen und deutsch-französische Freundschaftsgruppen aus NRW mit einem Partner in Frankreich eingeladen, gemeinsame Projekte zu verwirklichen. Vorzugsweise sollen damit auch die Beziehungen zur Partnerregion Nord-Pas de Calais gestärkt werden.

Zum Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt:

Grundlage für unsere Entwicklungspolitik 2013 ist die neue Eine-Welt-Strategie der Landesregierung, die das Kabinett im Dezember letzten Jahres nach einem intensiven Konsultationsprozess beschlossen hat. Wichtigster Partner war in dem Diskurs zu der Strategie – einmal mehr – die Zivilgesellschaft. Wir haben sowohl online als auch offline viele Kontakte genutzt, um die Strategie auf ein breites Fundament zu stellen.

Kernpunkte der Strategie sind sechs strategische Handlungsfelder. Das werden wir in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandeln. Ob das heute noch gelingt, werden Sie gleich noch zu entscheiden haben. Deswegen werde ich jetzt darauf nicht eingehen.

Meine Damen und Herren, ich will es überhaupt nicht kaschieren. Mit der Reduzierung des Ansatzes für Zuschüsse für Projekte im Ausland (Titel 687 00) erbringen wir einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes, auch wenn er nur symbolisch ist.

Das bedeutet einerseits, dass wir unsere internationalen Beziehungen auf die wichtigsten Partnerländer und Partnerregionen konzentrieren. Andererseits, und das macht die Kürzungen erträglich, werden wir gemeinsam mit unseren entwicklungspolitischen Partnerorganisationen auch weiterhin handlungsfähig sein und ein verlässlicher Partner bleiben.

Partner Nr. 5: GIZ

Die Landesregierung hat am 6. September 2012 mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit verabredet, die folgende Aktivitäten umfasst:

die Qualifizierung in der internationalen Berufsausbildung;

die Unterstützung der Entwicklungspartnerschaften des Landes und

Veranstaltungen der Entwicklungszusammenarbeit am internationalen Standort Bonn.

Und wir werden mit der GIZ Projekte in den Partnerländern umsetzen. Projektthemen sind u.a. „Erneuerbare Energien“ mit der Universität KNUST in Kumasi; Medien und gute Regierungsführung *(Projekt Förderung der Campusradios an ghanaischen Universitäten)* sowie „Abfallmanagement“ in einer ausgewählten Kommune in Ghana und ein Projekt zum Bau einer Biogasanlage mit Schulungsmodul auf einer Farm in Mpumalanga.

Partner Nr. 6: Stiftung Umwelt und Entwicklung

Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir den Mittelansatz bei dem Programm zur Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit reduziert haben. Wir sind sehr froh, dass die Stiftung Umwelt und Entwicklung diese Arbeit fortsetzen und finanzieren wird. Die Ausstattung mit Fördermitteln wird mindestens so hoch sein wie der bisherige Ansatz für die EPIB-Förderung.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir bauen auf Partnerschaften und wir sind auf diese Partnerschaften in Nordrhein-Westfalen angewiesen. Ich möchte nun noch drei Themen anreißen, die uns über den Aufbau dieser inländischen Partnerschaften hinaus besonders beschäftigen.

Israel und Naher Osten:

Mit Blick auf Israel und den Nahen Osten werden wir die langfristigen Projekte der Zusammenarbeit fortsetzen, insbesondere ein Stipendienprogramm, mit dessen Hilfe jedes Jahr etwa 20 Studierende aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Jordanien einen Forschungsaufenthalt an einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen absolvieren können und das einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen darstellt. Im Herbst wird Ministerprä-

sidentin Hannelore Kraft zur weiteren Vertiefung der Beziehungen in den Nahen Osten reisen.

Nord- und Südamerika:

Auch die Beziehungen zu unseren Partnern in Amerika werden wir weiter pflegen und stärken. Ministerpräsidentin Kraft wird mit ihrem Besuch in Kanada und den USA Ende Mai neue Impulse für die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Nordamerika setzen.

Mit Blick auf Südamerika werden wir in diesem und im kommenden Jahr vor allem unsere Beziehungen zu Brasilien wieder intensivieren. 2013 und 2014 findet ein Deutschland-Brasilien-Jahr statt, das im Mai 2013 von Staatspräsidentin Dilma Rousseff und Bundespräsident Joachim Gauck eröffnet werden wird. Wir werden dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen einen angemessenen Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen zu diesem immer wichtiger werdenden Schwellenland leistet, und dafür die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Bei aller Dynamik in den Schwellenländern bleiben die Vereinigten Staaten der wichtigste Akteur im internationalen System, die Führungsmacht der westlichen Welt und vor allem der Ausgangspunkt vieler Innovationen. Der Austausch mit den USA ist daher weiterhin von zentraler Bedeutung für Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Bei uns hat das Amerika-Haus in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser transatlantische Dialog auch in Nordrhein-Westfalen intensiv gepflegt wird, im vergangenen Jahr vor allem auch im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen am 6. November.

Die bisher gute Zusammenarbeit mit dem Amerika-Haus NRW e.V. werden wir deshalb auch in diesem Jahr und darüber hinaus fortsetzen. Der Verein hat sich auch bezüglich der Zahl der Mitglieder und der Kooperationspartner in eine positive Richtung entwickelt – auch wirtschaftlich.

Wir können daher die Zuwendungen des Landes an das Amerika-Haus in diesem Jahr auf 125.000,- Euro *(Vorjahr 150.000,- €)* absenken, ohne die erfolgreiche Arbeit des Amerika Hauses zu gefährden.

China:

Auch die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China werden wir fortführen. China ist für Nordrhein-Westfalen schon heute ein wichtiger internationaler Partner, dessen Bedeutung weiter wachsen wird. China belegt bereits Platz 3 im Ranking der NRW-Außenhandelspartner hinter Frankreich und den Niederlanden.

Während NRW und China wirtschaftlich immer enger zusammenwachsen, bestehen im kulturell-zivilgesellschaftlichen Bereich bislang zu wenige Verbindungen, was dazu beiträgt, dass das gegenseitige Wissen von der jeweils anderen Gesellschaft und Kultur noch gering ausgeprägt ist. Wir wollen 2013 deshalb nicht nur die bewährte Zusammenarbeit mit unseren drei Partnerprovinzen Jiangsu, Shanxi und Sichuan fortführen, sondern unsere Chinaaktivitäten dadurch erweitern, dass wir Veranstaltungen organisieren, die ein differenziertes Chinabild vermitteln. Konkret wollen wir den Dialog mit NRW-China-Akteuren aus unterschiedlichen gesell-

schaftlichen Bereichen (u.a. Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Umwelt und Soziales) fördern. Ein solcher Austausch über gegenseitige Wahrnehmungen und Vorstellungen ist gerade auch mit Blick auf die stetig wachsende chinesische Gemeinde in Nordrhein-Westfalen (aktuell über 22.000 Bürgerinnen und Bürger) von besonderer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, Sie erlauben mir noch zwei abschließende Anmerkungen:

Zum Standort Bonn:

Es gibt einen Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen vom September 2011 zum Berlin/Bonn-Gesetz. Darin haben sich alle Fraktionen, also CDU, SPD, die Grünen und die FDP, zum Standort Bonn bekannt. Fraktionsübergreifend hat der Landtag die Bundesregierung aufgefordert, sich klar zur Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn zu bekennen. Dieser Beschluss ist die gemeinsame politische Basis für die Landesregierung NRW. Und an dieser Position hat sich bis heute nichts geändert.

Es muss offen und konstruktiv darüber geredet werden, wie sich der Standort Bonn weiterentwickeln soll. Das darf aber kein Ausverkauf zu Lasten Bonns sein, vielmehr geht es darum, die Stärken Bonns als internationales Kompetenzzentrum für globale Entwicklung und Umwelt auszubauen. Wir sind gerade dabei, ein Konzept zu erstellen, wie Bonn als internationale Stadt für Nachhaltigkeit werden kann und welchen Beitrag Berlin dazu leisten muss.

Und ein Letztes zu Brüssel. In der Landesvertretung wird sehr gute Arbeit geleistet. Wir stellen die notwendigen Mittel auch für 2013 zur Verfügung. Hier zählt Kontinuität. Hier bleibt alles beim Alten, und das ist gut so.

Ilka von Boeselager (CDU) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Es müsse gespart werden. Diese Auffassung vertrete auch ihre Fraktion. Sie kritisiere den Haushaltsplanentwurf für den Einzelplans 02 nicht.